



AfD-Ratsgruppe im Rat der Stadt Münster Leostraße 16 48153 Münster

## Antrag

### Keine Kommerzialisierung kommunaler Daten

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Stadt Münster lehnt die kommerzielle Verwertung von kommunalen Daten ab. Die Stadt Münster erhält von den Bürgern Daten im Rahmen der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben. Ebenso durch die statistische Erhebung von Sachverhalten, z.B. durch Verkehrszählungen. Sie verpflichtet sich diese Daten nicht an Dritte zu verkaufen.

Die Stadt Münster verpflichtet sich aufbereitete Geo-Daten für Forschungszwecke auch in Zukunft kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg hat in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ ein Konzessionsmodell für kommunale Daten vorgeschlagen. Städte und Gemeinden sollten ihre Daten die

sie etwa in den Bereichen Verkehr, Finanzen, Bildung, Demografie etc. generieren an gewerbliche Unternehmen verkaufen. Um mit diesen Daten Einnahmen für die kommunalen Haushalte zu erzielen. Denn so seine Begründung: „Daten sind das Öl des 21 Jahrhunderts“.

Die Stadt Münster bekennt sich zu einem anderen Weg. Öffentliche Daten gehören der Allgemeinheit. Mit der obigen Selbstverpflichtung lehnt die Stadt Münster eine Kommerzialisierung öffentlicher Daten ab.

Sie plädiert für die Aufrechterhaltung des Datenschutzes. Informationen aus öffentlichen Daten, etwa über Verkehrsströme, sind mit öffentlichen Steuergeldern gewonnen worden. Sie gehören daher der Allgemeinheit. Sie sollen daher in aggregierter Form öffentlich zugänglich gemacht werden, wo dies im öffentlichen Interesse ist.

Eine Kommerzialisierung kommunaler Daten ist gefährlich. Der Staat braucht vielfach Daten von Bürgern um seine staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Hierfür ist er darauf angewiesen, dass die Menschen ihm freiwillig ihre Daten überlassen. Dies tun sie heute. Weil sie darauf vertrauen können, dass ihre Daten nur für den originär erhaltenen Zweck verwendet werden.

Eine Kommerzialisierung kommunaler Daten zerstört dieses Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat. In Zukunft wäre damit zu rechnen, dass Bürger dem Staat mit viel mehr Misstrauen begegnen. Sie würden die Übermittlung von Daten verweigern oder falsche Angaben machen. Da sie nicht wüssten wofür ihre Daten letztlich verwendet werden. Der

Bürger würde die Kontrolle über seine Daten verlieren. Und der Staat das Vertrauen seiner Bürger.

Auch können selbst aufbereitete Daten heute im Zeitalter von Big Data wieder entschlüsselt werden. So können anonyme Datensätze miteinander verknüpft werden. Und damit können Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden.

Martin Schiller

Richard Mol

AfD-Ratsgruppe